Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1993

14. 07. 78

Sachgebiet 826

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 23. Februar 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1976 über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch die Vereinbarung soll die Durchführung des deutsch-schwedischen Abkommens über Soziale Sicherheit vom 27. Februar 1976 durch die zuständigen Stellen in beiden Vertragsstaaten geregelt werden.

B. Lösung

Geregelt sind die Verwaltungshilfe der deutschen und schwedischen Versicherungsträger und Verbindungsstellen und die gegenseitige Unterrichtung über bestimmte rechtserhebliche Tatsachen. Die Durchführungsvereinbarung enthält insbesondere auch Vorschriften über Zahlungsverfahren, Mitwirkungspflichten der Versicherten, so über bestimmte Anzeigepflichten und die Vorlage von Bescheinigungen, z. B. für die Inanspruchnahme von Leistungen in der Krankenversicherung durch den Angehörigen eines Staates bei Aufenthalt im anderen Staat. Sie gibt den beiderseitigen Verbindungsstellen und einzelnen Trägern der Rentenversicherung die Möglichkeit, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu vereinbaren.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (0 22 21) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) — 806 06 — So 87/78

Bonn, den 12. Juli 1978

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 23. Februar 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1976 über Soziale Sicherheit mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut der Vereinbarung in deutscher und schwedischer Sprache und eine Denkschrift zur Vereinbarung sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 461. Sitzung am 7. Juli 1978 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu der Vereinbarung vom 23. Februar 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1976 über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Bonn am 23. Februar 1978 unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Gesetz vom 29. Juli 1977 zu dem Abkommen vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit (BGBl. 1977 II S. 664) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „einschließlich" durch die Worte „mit Ausnahme" ersetzt.
   b) Absatz 3 wird gestrichen.
2. Artikel 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   „(1) In den Fällen, in denen nach Artikel 20 Abs. 1 und 2 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland ein Träger der Krankenversicherung Sachleistungen gewährt, haben ihm die deutschen Träger der Unfallversicherung die Kosten für diese Leistungen in entsprechender Anwendung des § 1504 der Reichsversicherungsordnung zu erstatten."

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt, vorbehaltlich des Absatzes 2, am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 2 Nr. 1 tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1977 in Kraft.

(3) Der Tag, an dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Durchführungsvereinbarung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit der Durchführungsvereinbarung das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2 Nr. 1

Die Änderungen des Artikels 2 des Vertragsgesetzes zum Abkommen erfolgen im Hinblick auf die zwischenzeitliche Entwicklung des innerstaatlichen Rechts der Krankenversicherung der Rentner.

Auf Grund der Änderung des Artikels 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes zum Abkommen sind bei dem Umlageschlüssel, mit dessen Hilfe die Aufwendungen der Allgemeinen Ortskrankenkassen für nach schwedischem Recht versicherte Personen auf alle deutschen Träger der Krankenversicherung verteilt werden, die Rentner nicht zu berücksichtigen. Dadurch wird eine ungleiche Belastung der Krankenkassen je nach der Zahl der bei ihnen versicherungspflichtigen Rentner vermieden.

Der Vorschrift des Artikels 2 Abs. 3 des Vertragsgesetzes zum Abkommen bedarf es nicht mehr. Die Aufwendungen, die den deutschen Trägern der Krankenversicherung für Bezieher einer ausschließlich schwedischen Rente mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland entstehen, sind in den Finanzausgleich der Krankenkassen für die nicht durch Beiträge gedeckten Aufwendungen für Rentner nach den §§ 393 b und 393 c RVO einbezogen.

Zu Artikel 2 Nr. 2

Auf Grund der Neufassung erfolgt die Lastenverteilung zwischen der Krankenversicherung und Unfallversicherung in den in Artikel 3 Abs. 1 des Vertragsgesetzes zum Abkommen genannten Fällen entsprechend der jeweiligen innerstaatlichen Regelung des § 1504 RVO.

Zu Artikel 3

Die Vereinbarung soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 treten die in Artikel 2 Nr. 1 bezeichneten Änderungen des Vertragsgesetzes zum Abkommen mit Wirkung vom 1. Oktober 1977, dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens, in Kraft. Damit erfolgt bereits von diesem Zeitpunkt an die Angleichung an die Regelungen des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vom 27. Juni 1977 (BGBl. 1977 I S. 1069).

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, in dem die Vereinbarung nach ihrem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung des Königreichs Schweden

haben in Anwendung des Artikels 33 Absatz 1 des Abkommens vom 27. Februar 1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden über Soziale Sicherheit, im folgenden als „Abkommen" bezeichnet,

folgendes vereinbart:

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

In den folgenden Bestimmungen werden die im Abkommen angeführten Ausdrücke in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artikel 2

Den nach Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3

Die nach Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die nach Artikel 11 Absatz 2 dieser Vereinbarung zuständigen Träger vereinbaren unter Beteiligung der zuständigen Behörden jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich die Verwaltungsmaßnahmen, die zur Durchführung des Abkommens notwendig und zweckmäßig sind. Artikel 33 Absatz 1 des Abkommens bleibt unberührt.

Artikel 4

(1) Die in Artikel 27 Absatz 1 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der nach in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, der nach dem Abkommen und der nach dieser Vereinbarung bestehenden Rechte und Pflichten der Beteiligten erforderlich sind.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Hoheitsgebiet des anderen

Överenskommelse angående tillämpning av konventionen den 27 februari 1976 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige om social trygghet

Förbundsrepubliken Tysklands regering

och

Konungariket Sveriges regering

har med stöd av artikel 33 första stycket i konventionen den 27 februari 1976 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige om social trygghet, i det följande benämnd "konventionen",

överenskommit om följande:

Avdelning I

Allmänna bestämmelser

Artikel 1

I följande bestämmelser används de i konventionen förekommande uttrycken i deras där angivna betydelse.

Artikel 2

De enligt konventionens artikel 33 andra stycket inrättade förbindelseorganen har att inom ramen för sin behörighet lämna berörda personer allmän information om rättigheter och skyldigheter enligt konventionen.

Artikel 3

De enligt konventionens artikel 33 andra stycket inrättade förbindelseorganen och de enligt denna överenskommelse artikel 11 andra stycket behöriga försäkringsorganen träffar var och en inom sitt behörighetsområde och under medverkan av de behöriga myndigheterna överenskommelse om sådana administrativa åtgärder som är nödvändiga och ändamålsenliga för konventionens tillämpning. Konventionens artikel 33 första stycket berörs ej.

Artikel 4

1. De i konventionens artikel 27 första stycket angivna organen skall inom ramen för sin behörighet till varandra och till berörda personer lämna de uppgifter och tillhandahålla den bevisning som behövs för att trygga de berörda personernas rättigheter och skyldigheter enligt den i konventionens artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen, enligt konventionen och enligt denna överenskommelse.

2. Är någon enligt den i konventionens artikel 2 första stycket angivna lagstiftningen, enligt konventionen eller enligt denna överenskommelse skyldig att till försäkringsorgan eller annat organ lämna uppgift om angivna förhållanden, gäller denna skyldighet även med avseende på motsvarande förhållanden som föreligger

Vertragsstaates oder nach dessen Recht gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

inom den andra fördragsslutande statens territorium eller enligt dess rätt. Detsamma gäller i det fall någon är skyldig att förebringa viss bevisning.

Artikel 5

(1) In den Fällen der Artikel 6 und 10 des Abkommens erteilt der zuständige Träger im Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, der betreffenden Person auf Antrag eine Bescheinigung darüber, daß sie diesen Rechtsvorschriften untersteht.

(2) In der Bundesrepublik Deutschland stellt der Träger der Krankenversicherung diese Bescheinigung auch für die übrigen Versicherungszweige aus. Unterliegt eine Person nur der Unfallversicherung, so wird die Bescheinigung vom zuständigen Träger der Unfallversicherung ausgestellt.

(3) In Schweden stellt das Reichsversicherungsamt die Bescheinigung aus.

Artikel 5

1. I de fall som avses i konventionens artiklar 6 och 10 lämnar behörigt försäkringsorgan inom den stats territorium, vars lagstiftning skall vara tillämplig, den person varom fråga är på begäran ett intyg att han omfattas av denna lagstiftning.

2. I Förbundsrepubliken Tyskland utfärdar försäkringsorganet för sjukförsäkringen nämnda intyg också för övriga försäkringsgrenar. Omfattas en person enbart av yrkesskadeförsäkringen, utfärdar det behöriga försäkringsorganet för yrkesskadeförsäkringen intyget.

3. I Sverige utfärdar riksförsäkringsverket nämnda intyg.

Artikel 6

Geldleistungen werden an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Einschaltung einer Verbindungsstelle dieses Vertragsstaates ausgezahlt. Artikel 17 Absatz 2 und Artikel 21 Absatz 2 des Abkommens bleiben unberührt.

Artikel 6

Kontantförmåner utbetalas till mottagare inom den andra fördragsslutande statens territorium utan förmedling av förbindelseorgan i denna stat. Konventionens artikel 17 andra stycket och artikel 21 andra stycket berörs ej.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung

Avdelning II

Särskilda bestämmelser

Kapitel 1

Sjukförsäkring

Artikel 7

Soweit eine Person verpflichtet ist, dem zuständigen Träger das Vorliegen oder die Beendigung der Arbeitsunfähigkeit mitzuteilen, kann sie diese Mitteilung bei Anwendung des Artikels 17 des Abkommens auch an den Träger des Aufenthaltsorts richten. Dieser unterrichtet unverzüglich den zuständigen Träger.

Artikel 7

I den mån någon är skyldig att anmäla till det behöriga försäkringsorganet att arbetsoförmåga föreligger eller har upphört kan denna anmälan vid tillämpning av konventionens artikel 17 också göras hos försäkringsorganet för vistelseorten. Detta skall omgående underrätta det behöriga försäkringsorganet.

Artikel 8

(1) Von einer Person, für die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf Sachleistungen besteht, kann für den Bezug von Sachleistungen nach den Artikeln 13 und 16 des Abkommens im anderen Vertragsstaat vom Träger des Aufenthaltsortes die Übermittlung einer Bescheinigung verlangt werden, daß sie Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates hat. Der deutsche Träger, dem die Bescheinigung übermittelt wird, gilt weiterhin als Träger des Aufenthaltsortes, wenn die Person ihren Aufenthalt im Bezirk eines anderen Trägers nimmt, es sei denn, daß diesem eine weitere Bescheinigung übermittelt wird.

(2) Zum Bezug von Sachleistungen nach den Artikeln 14 und 16 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, wer Familienangehöriger nach den deutschen Rechtsvorschriften ist. Voraussetzung ist dabei, daß für diesen Familienangehörigen Anspruch auf Familienkrankenhilfe nach den deutschen Rechtsvorschriften bestünde, wenn die in Artikel 14 des Abkommens bezeichnete Person nach diesen Rechtsvorschriften krankenversichert wäre. Der Familienangehörige hat dem Träger seines gewöhnlichen Aufenthaltsortes Bescheinigungen darüber zu übermitteln, daß er Familienangehöriger einer Person ist, die sich in Schweden gewöhnlich aufhält und nach den dortigen Rechtsvorschriften versichert ist. Der Träger des gewöhnlichen Aufenthaltsortes wird durch den schwedischen zuständigen Träger vom Ende der Versicherung unterrichtet.

Artikel 8

1. Begär någon, som är berättigad till sjukvårdsförmåner enligt lagstiftningen i en fördragsslutande stat, sjukvårdsförmåner enligt konventionens artiklar 13 och 16 i den andra fördragsslutande staten, kan försäkringsorganet för vistelseorten begära att han överlämnar ett intyg som utvisar att rätt till sjukvårdsförmåner föreligger enligt den förstnämnda statens lagstiftning. Tyskt försäkringsorgan som erhåller här avsett intyg betraktas i fortsattningen som försäkringsorgan för vistelseorten även om personen i fråga skulle komma att vistas inom ett annat försäkringsorgans område, såvida icke det senare organet erhåller ett nytt intyg.

2. Den som enligt den tyska lagstiftningen är att betrakta som familjemedlem är berättigad att erhålla sjukvårdsförmåner enligt konventionens artiklar 14 och 16 i Förbundsrepubliken Tyskland. Förutsättning är härvid att rätt till sjukvårdsförmåner skulle ha förelegat för familjemedlemmen i denna hans egenskap enligt tysk lagstiftning om den i konventionens artikel 14 avsedde personen hade varit sjukförsäkrad enligt denna lagstiftning. Familjemedlemmen skall till försäkringsorganet för bosättningsorten överlämna intyg att han är medlem av en i Sverige bosatt och enligt svensk lagstiftning försäkrad persons familj. Försäkringsorganet för bosättningsorten underrättas av det svenska behöriga försäkringsorganet när försäkringen upphör.

(3) Zum Bezug von Sachleistungen nach Artikel 15 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland übermittelt die Person, die eine Rente nur nach den schwedischen Rechtsvorschriften erhält oder beantragt hat, hierüber dem Träger des gewöhnlichen Aufenthaltsortes eine Bescheinigung des schwedischen zuständigen Trägers. Dieser unterrichtet den Träger des gewöhnlichen Aufenthaltsortes vom Ende des Rentenbezuges oder der Ablehnung des Rentenantrages.

(4) Konnte die Bescheinigung nach den Absätzen 1 bis 3 dem Träger des Aufenthaltsortes nicht rechtzeitig übermittelt werden, so erstattet dieser Träger auf Antrag der berechtigten Person bei nachträglicher Übermittlung der Bescheinigung die entstandenen Kosten. Für die Höhe der Erstattung ist maßgebend, was bei rechtzeitiger Übermittlung der Bescheinigung vom Träger des Aufenthaltsortes aufzuwenden gewesen wäre.

(5) Eine Person, die nach Nummer 8 Buchstabe a des Schlußprotokolls zum Abkommen nach dem Ausscheiden aus der schwedischen Allgemeinen Versicherungskasse die Versicherung nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung freiwillig fortsetzt, hat auf Verlangen des deutschen Trägers der Krankenversicherung eine Bescheinigung darüber vorzulegen, wann sie nach den schwedischen Rechtsvorschriften krankenversichert war.

Artikel 9

Für die Versicherungspflicht in der deutschen Krankenversicherung sind die nach den schwedischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit sie nicht mit nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zusammenfallen.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 10

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls (Berufskrankheit) gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsortes. Die Anzeige kann auch diesem erstattet werden. Er übersendet die Anzeige unverzüglich dem zuständigen Träger.

Kapitel 3

Rentenversicherung

Artikel 11

(1) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für die Feststellung der Leistungen mit Ausnahme der medizinischen, berufsfördernden und ergänzenden Leistungen zur Rehabilitation zuständig, wenn

a) Versicherungszeiten nach den deutschen und schwedischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anrechnungsfähig sind oder

b) der Berechtigte sich im Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden gewöhnlich aufhält oder

c) der Berechtigte sich als schwedischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten aufhält.

(2) Die Zuständigkeit der Sonderanstalten bleibt unberührt.

3. För att erhålla sjukvårdsförmåner enligt konventionens artikel 15 i Förbundsrepubliken Tyskland överlämnar den som uppbär eller har ansökt om pension enbart enligt den svenska lagstiftningen till försäkringsorganet för bosättningsorten ett intyg härom från det svenska behöriga försäkringsorganet. Det svenska organet underrättar organet för bosättningsorten när pensionsutbetalningen upphör eller ansökan om pension avslås.

4. Har intyg enligt första — tredje styckena ej kunnat företes hos försäkringsorganet för vistelseorten i rätt tid, skall på den berättigades begäran vid senare företeende av intyget nämnda organ ersätta de kostnader som uppstått. Ersättningens storlek motsvarar vad försäkringsorganet skulle ha utgivit om intyget hade företetts hos försäkringsorganet för vistelseorten i rätt tid.

5. Den som enligt punkt 8 a) i slutprotokollet till konventionen efter upphörande av inskrivning i den svenska allmänna försäkringskassan frivilligt fortsätter försäkringen enligt den tyska lagstiftningen om sjukförsäkring skall på anfordran av det tyska sjukförsäkringsorganet förete intyg om när han var sjukförsäkrad enligt svensk lagstiftning.

Artikel 9

För försäkringsplikt i den tyska sjukförsäkringen beaktas försäkringsperioder som fullgjorts enligt svensk lagstiftning i den mån de icke sammanfaller med försäkringsperioder enligt den tyska lagstiftningen.

Kapitel 2

Yrkesskadeförsäkring

Artikel 10

1. Beträffande yrkesskadeanmälan tillämpas den fördragsslutande stats lagstiftning enligt vilken försäkringen gäller.

2. Anmälan görs hos det behöriga försäkringsorganet. Detta underrättar omgående försäkringsorganet för vistelseorten. Anmälan kan även göras hos det senare organet. Detta översänder anmälningen omgående till det behöriga försäkringsorganet.

Kapitel 3

Pensionsförsäkring

Artikel 11

1. I den mån föreskrifter härom ej redan finns i den tyska lagstiftningen skall inom pensionsförsäkringen för arbetare det för denna försäkring inrättade förbindelseorganet vara behörigt att fastställa förmåner, med undantag för medicinska, arbetsvårdande och kompletterande rehabiliteringsförmåner, när

a) försäkringsperioder har fullgjorts eller är tillgodoräkningsbara enligt både tysk och svensk lagstiftning eller

b) den berättigade är bosatt inom Konungariket Sveriges territorium eller

c) den berättigade är svensk medborgare och bosatt utanför de fördragsslutande staternas territorier.

2. Särskilda inrättningars behörighet berörs ej.

Artikel 12

Bei Anwendung des Artikels 22 Absatz 6 des Abkommens gilt folgendes:

Der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gezahlt, wenn der Anspruch auf Rente ohne Berücksichtigung des Absatzes 1 besteht und Kinderzuschuß oder Waisenrente nach den schwedischen Rechtsvorschriften nicht zu zahlen ist. Andernfalls wird der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, in Höhe der Hälfte des nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts in Betracht kommenden Betrags gezahlt.

Artikel 13

Die in Artikel 33 Absatz 2 des Abkommens und in Artikel 11 dieser Vereinbarung bezeichneten Träger erstellen jährlich zum 31. Dezember Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

Abschnitt III

Verschiedenes

Artikel 14

Trifft die Gewährung von Krankengeld nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates mit der Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammen, so gilt Artikel 35 Absatz 1 des Abkommens entsprechend.

Abschnitt IV

Schlußbestimmungen

Artikel 15

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Schweden innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 16

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die nach innerstaatlichem Recht für ihr Inkrafttreten erforderlichen Voraussetzungen vorliegen. Sie ist von dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden.

GESCHEHEN zu Bonn am 23. Februar 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 12

För tillämpningen av konventionens artikel 22 sjätte stycket gäller följande:

Barntillägg eller det belopp, med vilket barnpension förhöjes, utges enligt de normer som gäller i innerstatlig rätt, när rätt till pension föreligger utan åberopande av första stycket och barntillägg eller barnpension icke utgår enligt den svenska lagstiftningen. I annat fall utges barntillägget eller det belopp, varmed barnpensionen höjs, med hälften av vad som skulle följa av innerstatlig rätt.

Artikel 13

De i konventionens artikel 33 andra stycket och i denna överenskommelses artikel 11 angivna försäkringsorganen skall årligen per den 31 december sammanställa statistik över utbetalningar som gjorts till den andra fördragsslutande statens territorium. Statistiken skall såvitt möjligt innehålla efter pensionens art fördelade uppgifter över pensioners och kapitalutbetalningars antal och totalbelopp. Statistiken utväxlas.

Avdelning III

Övrigt

Artikel 14

Sammanträffar utbetalning av sjukpenning enligt lagstiftningen i den ena fördragsslutande staten med utbetalning av pension enligt lagstiftningen i den andra fördragsslutande staten, skall konventionens artikel 35 första stycket ha motsvarande tillämpning.

Avdelning IV

Slutbestämmelser

Artikel 15

Denna överenskommelse gäller även för Land Berlin, såvida icke Förbundsrepubliken Tysklands regering till Konungariket Sveriges regering avger en motsatt förklaring inom tre månader efter denna överenskommelses ikraftträdande.

Artikel 16

Denna överenskommelse träder i kraft så snart de båda regeringarna meddelat varandra att erforderliga förutsättningar enligt nationell rätt föreligger för dess ikraftträdande. Den skall tillämpas från och med dagen för konventionens ikraftträdande.

SOM SKEDDE i Bonn den 23 februari 1978 i två originalexemplar, vartdera på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
För Förbundsrepubliken Tysklands regering

Günther van Well

Für die Regierung des Königreichs Schweden
För Konungariket Sveriges regering

Sven Backlund

Denkschrift zur Vereinbarung

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind.

Insbesondere werden nach Artikel 3 die Verbindungsstellen und einzelne Träger der Rentenversicherung ermächtigt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit notwendigen Verwaltungsmaßnahmen unter Beteiligung der zuständigen Behörden zu treffen.

Artikel 4 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 5 regelt die Erteilung von Bescheinigungen vor allem für in den anderen Vertragsstaat entsandte Arbeitnehmer über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des Entsendestaates.

Artikel 6 enthält eine Bestimmung über das Verfahren bei Zahlungen durch einen Versicherungsträger in den anderen Vertragsstaat.

Die Artikel 7 bis 9 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Insbesondere enthält Artikel 8 Bestimmungen über die Übermittlung von Bescheinigungen, auf Grund derer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats versicherte Personen sowie Rentner und die Angehörigen dieser Personen nach dem Abkommen ärztliche und andere Sachleistungen bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat in Anspruch nehmen können. Geregelt ist ferner die Erstattung für den Fall, daß die erforderliche Bescheinigung nicht rechtzeitig übermittelt wird.

Artikel 8 Abs. 2 betrifft den Fall, daß ein in der Bundesrepublik Deutschland sich gewöhnlich aufhaltender Familienangehöriger einer nach den schwedischen Rechtsvorschriften versicherten und in Schweden wohnhaften Person nach Artikel 14 des Abkommens Sachleistungen der deutschen Krankenversicherung in Anspruch nimmt. Für den Kreis der berechtigten Familienangehörigen sind hier die deutschen Rechtsvorschriften über die Familienkrankenhilfe maßgebend.

Die Bestimmung des Artikels 9 betrifft in erster Linie die Rentner, die eine schwedische oder eine schwedische und deutsche Rente beziehen und sich gewöhnlich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die Bestimmung regelt im Zusammenhang mit Artikel 15 des Abkommens — auf der Grundlage der Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Schweden — die Versicherungspflicht dieser Personen in der deutschen Krankenversicherung.

Artikel 10 enthält eine Regelung für die Anzeige von Arbeitsunfällen einer Person, die in einem Vertragsstaat beschäftigt und nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unfallversichert ist.

Die Artikel 11 bis 13 enthalten Bestimmungen für die Rentenversicherung.

Insbesondere regelt Artikel 11 die Zuständigkeit für die Leistungsfeststellung durch die Verbindungsstelle für die Rentenversicherung der Arbeiter.

Artikel 12 regelt die Anwendung des Artikels 22 Abs. 6 des Abkommens für die Zahlung des Kinderzuschusses und des Erhöhungsbetrags zur Waisenrente aus der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 14 regelt im Zusammenhang mit Artikel 35 Abs. 1 des Abkommens die Einbehaltung von Rentenleistungen durch den Rentenversicherungsträger des einen Vertragsstaates zugunsten eines Krankenversicherungsträgers des anderen Vertragsstaates, wenn dieser bereits Krankengeld gezahlt hat.

Mit der in Artikel 16 vorgesehenen Rückwirkung des Inkrafttretens auf den Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird die Bindung an die zeitliche Geltungsdauer des Abkommens erreicht, die notwendig ist, um die verwaltungsmäßige Durchführung des Abkommens durch die Versicherungsträger und die Verbindungsstellen vom Tage des Inkrafttretens des Abkommens an sicherzustellen. Durch diese Regelung werden den Versicherten und den Versicherungsträgern rückwirkend weder bestehende Rechte entzogen noch gegenüber dem bisherigen Rechtszustand zusätzliche Pflichten auferlegt.